

KOMMENTARE

KAI GAUSELMANN findet das neue Dach für die Landesvertretung innovativ, versteht aber mal wieder die Landesregierung nicht.



Verdruckst

Wenn es nur darum ginge, dass es Besuchern der Kultursommernacht nicht in das Glas mit Saale-Unstrut-Wein regnet - dann wären 1,4 Millionen Euro für das Innenhof-Dach der „Möwe“ nicht vertretbar. Auch mehr Platz zu haben reichte nicht als Argument. Ein Aspekt macht den Unterschied zu früheren Plänen: Es geht nicht um eine Allerwelts-Konstruktion aus Glas. Nun soll es ein Membran-Dach werden. Mit Luftkissen, die hier entwickelt wurden. Verbunden durch ein Verfahren, das im Land ausgetüftelt wurde. Und gefertigt von einer heimischen Firma. Kurz: Dieses Dach wird „Made in Sachsen-Anhalt“

sein. Ähnliches gibt es zwar mit der Fassade der Allianz-Arena in München. Aber Berlin hat so etwas noch nicht gesehen. Besucher werden nach dem ungewöhnlichen Dach fragen - und Sachsen-Anhalt kann sich eindrücklich als Land der Innovationen präsentieren.

Umso unverständlicher ist der verdruckste Umgang der Landesregierung mit dem Projekt. Erst kurz vor dem Beschluss den Finanzausschuss zu informieren und die Medien nur auf Nachfrage - da kann sich die Regierung etwas von diesem Dach abschauen: Es wird wenigstens halb-transparent sein. Seite 1

Den Autor erreichen Sie unter: kai.gauselmann@mz-web.de

THOMAS KRÖTER meint, dass Günter Grass mit seiner Polemik gegen Israel eine geschichtsvergessene Eiselei begangen hat.



Verstiegen

Israel macht es seinen Freunden nicht immer leicht. Aber so mancher Kritiker macht es sich all zu leicht mit Israel. Nun also Günter Grass. Ausgerechnet den Staat der Juden stilisiert der Schriftsteller zur Hauptgefahr für den Weltfrieden. Es spricht in der Tat einiges für Grass' Annahme, dass der Iran dem Bau einer Atombombe nicht so nahe ist, wie er gern wäre. Bestes Indiz übrigens: Das Stillhalten des angeblichen Aggressors. Anfang der 80er Jahre zerstörten israelische Bomber eine irakische Atomanlage - ehe sie waffenfähiges Material erzeugen konnte.

Warum versteigt sich Grass zur Unterstellung, der Teheraner

Diktator sei nichts als ein Maulheld, Israels Drohung dagegen Ausdruck konkreter Angriffsabsicht? Hat der einstige Anti-Raketen-Demonstrant noch nie etwas von Abschreckungspolitik gehört?

Wenn der Staat der Juden mit seiner Art der Selbstbehauptung oft auch seine Freunde vor den Kopf stößt, dann deshalb, weil Deutsche versucht haben, das Volk der Juden auszurotten. Ist es schon Antisemitismus, wenn einer meint, sich mit maßloser Polemik darüber hinweg setzen zu müssen? Auf jeden Fall ist es eine geschichtsvergessene Eiselei. Seiten 1 und 5

Den Autor erreichen Sie unter: thomas.kroeter@mz-web.de

STEFFEN HÖHNE meint, dass sich die Politik das Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt selbst zuzuschreiben hat.



Verschaukelt

Aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes zum Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt (Main) liest jeder das, was seiner Ideologie entspricht. Die Luftfahrtgesellschaften sehen den Wirtschaftsstandort Deutschland geschädigt. Die Lärmkritiker an vielen deutschen Airports halten es für ein Fanal gegen Nachtflüge.

Doch der Richterspruch wird in erster Linie der spezifischen Situation in Frankfurt gerecht. Politik und Flughafen hatten im Mediationsverfahren mit Anwohnern vereinbart, dass für den Bau der neuen Landebahn im Gegenzug ein Nachtflugverbot erlassen wird. Im Planfeststellungsbeschluss fand sich

dieses überraschend nicht mehr. Klar, dass sich lärmgeplagte Bürger verschaukelt fühlen. Gut, dass sie Recht bekommen haben.

Wenn der Flughafen täglich 17 Nachtflüge will, was angesichts von 126 Flügen pro Stundtagsüber für die Anwohner wohl verkraftbar wäre, muss das vorher vereinbart werden.

Das Industrieland Deutschland benötigt ausgebaute Flughäfen. Dies geht nicht ohne Lärm. Im Gegenzug werden an den Verkehrsknoten viele Arbeitsplätze geschaffen. Das Signal der Leipziger Richter heißt: Bei der Abwägung der Interessen muss es aber fair zugehen. Seite 6

Den Autor erreichen Sie unter: steffen.hoehne@mz-web.de

LESERBRIEFE

Zu „Wenig sinnvoll“ zur Pendlerpauschale in der MZ vom 3. April erreichten die Redaktion folgende Lesermeinungen:

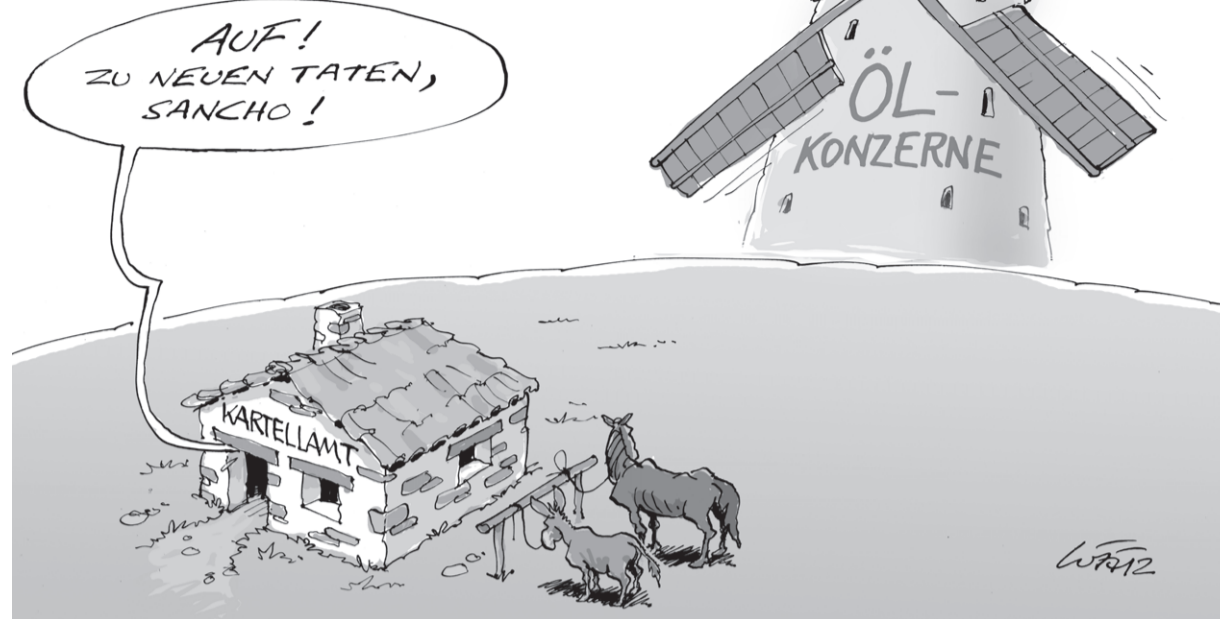
Ich gehe nur teilweise mit, wenn Sie sagen, dass die Anhebung der Pendlerpauschale nicht sinnvoll ist. Sicher könnte das dazu führen, dass die Spritpreise noch höher steigen. Erschreckend finde ich, wenn Sie sagen, dass die Abschaffung der Pendlerpauschale eine gerechte und vernünftige Lösung ist, weil das Pendeln Privatsache ist. Ich denke da vor allem an die Pendler, die gar keine andere Wahl haben, als Jahr für Jahr Tausende von Kilometern zu fahren, um sich und ihre Familien zu ernähren. Arbeitsplätze findet man nicht unbedingt immer ums Eck. Wenn man an der Pendlerpauschale rüttelt, dann gehören aber auch alle anderen steuerlich

absetzbaren Kosten abgeschafft?! Gleiches Recht für alle. **K. Friedrich, Halle**

Ich bin als Berufspendler nicht Ihrer Ansicht, dass die Pauschale wenig sinnvoll ist. Ich zahle als Vielfahrer mehr Steuern als andere. Steuern sind ein Teil meines Einkommens, den der Staat mir wegnimmt. Es ist nur legitim, dass er den berufsbedingt fahrenden Steuerzahlern einen Teil davon zurückerstattet. **Jörg Schauer, per E-Mail**

Die veröffentlichten Lesermeinungen müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich das Kürzen von Leserbriefen vor.

Briefe an: redaktion.leserbrieife@mz-web.de



ZEICHNUNG: LUFF

MORDFALL LENA Wegen schwerer Pannen wird jetzt gegen Polizisten ermittelt. Projekte sollen Menschen mit krankhaften sexuellen Neigungen helfen.

„Pädophil zu sein, ist nicht strafbar“

HALLE/MZ - Pädophilie ist keine Straftat, sagt Dr. Christoph Joseph Ahlers. Unser Redakteur Alexander Schierholz sprach mit dem klinischen Sexualpsychologen und wissenschaftlichen Leiter des Instituts für Sexualpsychologie in Berlin.

Herr Ahlers, wie soll die Polizei reagieren, wenn sich ein Pädophiler selbst anzeigt, wie jetzt offenbar in Emden?

Ahlers: Das muss man sauber trennen. Pädophil zu sein, ist nicht strafbar. Das ist eine krankheitswerte Störung der Sexualpräferenz. Wenn also jemand wegen dieser Neigung an sich zur Polizei geht, kann die gar nicht tätig werden. Anders ist das beim Besitz von kinderpornographischem Material. Dann muss die Polizei natürlich ermitteln.

Das heißt, wenn jemand sich anzeigen will, weil er pädophil ist, müsste die Polizei ihm eher Hilfe und Beratung angeeignen lassen?

Ahlers: Ja, aber eben nur dann, wenn nicht noch ein Straftatbestand vorliegt. Bis vor fünf Jahren gab es bloß so gut wie keine einschlägigen Beratungsstellen. Mittlerweile gibt es in Berlin und fünf anderen Bundesländern das Präventionsprojekt Dunkelfeld, das sich speziell an Pädophile richtet. Das ist auch den Behörden bekannt. Sie können Betroffene vermitteln und anregen, dort Hilfe in Anspruch zu nehmen. Das funktioniert aber nur dann, wenn die einzelnen Beamten vor Ort Bescheid wissen und nicht Pädophilie, Kindesmissbrauch und Kinderporno-



Christoph J. Ahlers FOTO: ARCHIV/STEDTLER

graphie einfach in einen Topf werfen.

Ist die Polizei für diese Problematik aus Ihrer Sicht ausreichend sensibilisiert?

Ahlers: Die Sensibilität hat in den vergangenen Jahren zugenommen. Das liegt auch am Projekt Dunkelfeld, über das auch die Präventionsabteilungen der Polizeibehörden informiert sind.

Aber die Beamten in Emden waren wohl nicht so sensibilisiert?

Ahlers: Ich kann mir nicht anmaßen, das zu beurteilen. Dazu kenne ich den Fall so wenig.

Sie sind auch klinischer Leiter von Dunkelfeld am Universitätsklinikum in Leipzig. Wie beeinflusst es Ihre Arbeit, wenn, wie in Emden geschehen, im Internet Morddrohungen veröffentlicht werden, in diesem

DUNKELFELD

Therapie in Gruppen

Das Projekt Dunkelfeld richtet sich an pädophile Männer, also an solche mit einer sexuellen Neigung zu Kindern. Um teilnehmen zu können, dürfen sie noch nicht straffällig geworden sein. Die einjährige Therapie findet in Gruppensitzungen statt, es geht um Selbstkontrolle und Kontrolle des Sexualverhaltens. Bei Bedarf werden Medikamente verordnet.

Mehr zum Projekt im Internet: www.kein-taeter-werden.de

Hotline für betroffene Männer in Leipzig: 0341/972 3958

Fall gegen einen zu Unrecht Verdächtigen?

Ahlers: Bei Dunkelfeld bieten wir präventive Therapie für potenzielle Täter - damit es möglichst gar nicht erst zu Straftaten kommt. Solche Stigmatisierungen und Kriminalisierungen wie in Emden erschweren es ungemein, unsere Klientel überhaupt zu erreichen. Dabei werden ungefähr zwei Drittel der sexuellen Übergriffe auf Kinder gar nicht von so genannten Ersatzhandlungstätern. Das sind Personen, die aus verschiedenen Gründen Schwierigkeiten mit sexuellen Beziehungen zu Erwachsenen haben. Sie verlegen sich stattdessen auf Kinder, häufig in der eigenen Familie oder im sozialen Umfeld. Das ist eine unangenehme Wahrheit, die niemand gerne hört. Da kommt eine Randgruppe als Schuldige gerade recht.

AUFGEFALLEN



Boris Tadic

Der serbische Präsident Boris Tadic (54) tritt vorzeitig von seinem Amt zurück. Er will sich zeitgleich mit der Parlamentswahl am 6. Mai auch der Neuwahl zum Staatsoberhaupt stellen. „Präsident bin ich noch heute und morgen“, sagte Tadic, dessen Amtszeit regulär noch zehn Monate dauert. Alle Umfragen sagen seiner Regierungspartei eine Wahlschlappe und den Sieg der oppositionellen Fortschrittspartei voraus. FOTO: DPA

Ermittler im Visier des Staatsanwalts

Polizei machte Fehler nach Selbstanzeige.

HANNOVER/DPA/DAPD - Nach einer polizeilichen Panne bei einer früheren Ermittlung gegen den 18-jährigen Verdächtigen im Emdener Mädchenmordfall Lena ist gegen zwei Polizisten ein Strafverfahren eingeleitet worden. Es bestehe ein Anfangsverdacht wegen Strafvereitelung im Amt, teilte der Auricher Oberstaatsanwalt Bernard Südbek gestern mit. Zudem wurde gegen mehrere Beamte nach zunächst internen Ermittlungen gestern offiziell ein Disziplinarverfahren eingeleitet. „Wir werden die Verzögerungen bei den Ermittlungsarbeiten akribisch unter die Lupe nehmen“, sagte die Polizeipräsidentin Heike Fischer. Aus Sicht der Polizeidirektion Osnabrück gebe es „deutliche Hinweise auf eine Pflichtverletzung“. Fischer wies darauf hin, dass für die Polizisten zunächst die Unschuldsumsetzung gelte.

Niedersachsens Innenminister Uwe Schünemann (CDU) versprach eine lückenlose und transparente Aufklärung, warum es bei dem älteren Verfahren gegen den 18-Jährigen „zu einer schleppenden Sachbearbeitung durch einzelne Ermittlungsbeamte gekommen ist“. Der junge Mann, der in einem Parkhaus die elfjährige Lena ermordet haben soll, hatte sich im November selbst angezeigt. Er hatte erklärt, ein Mädchen nackt fotografiert und kinderpornografisches Material gesammelt zu haben. Bei der zuständigen Polizeiinspektion war daraufhin ein Verfahren gegen den 18-Jährigen eingeleitet worden. Doch ein Durchsuchungsbeschluss für dessen Wohnung wurde nie vollstreckt.

Sheriff unter Beschuss

Niedersachsens Innenminister zeigt gern Härte. Nun auch gegenüber der Polizei?

VON MARKUS DECKER

BERLIN/MZ - Der niedersächsische Innenminister Uwe Schünemann (Foto) gibt gern den Sheriff und schießt, wenn er den Saloon betritt, erst mal an die Decke. Der CDU-Politiker ist zwar mit 47 Jahren noch jung, doch ein Sicherheitspolitiker ganz alter Schule.

Wer sich gern aufpumpt, darf freilich nicht mit Nachsicht rechnen, wenn mal was schief geht. Und in Niedersachsen ist ganz gewaltig was schief gegangen. Auch wenn es schwer werden dürfte, aus dem Fall Emden einen Vorwurf ge-

gen den Ministern zu konstruieren: Heikle Fragen werden ihm nicht erspart bleiben.

Aus linker oder liberaler Perspektive betrachtet, erfüllt Schünemann das Klischee eines Christdemokraten voll und ganz - ja, er erfüllt es sogar über. Der Protestant und gelernte Industriekaufmann trat mit 15 in die Junge Union ein. Mit 26 übernahm er den Vorsitz des CDU-Stadtverbandes Holzminde, mit



32 wurde er dort Bürgermeister. Mit 39 stieg Schünemann zum jüngsten Innenminister Deutschlands auf. Stringenz oder Sturheit kennzeichnet, je nach Sichtweise, Schünemann dem Bundestags-Untersuchungsausschuss zur Aufklärung von Sicherheitspannen im Bereich Rechtsterror die Zusammenarbeit. Insbesondere an diese Weigerung wird sich mancher erinnern, wenn er sieht, dass der Minister nun selbst in Erklärungsnot gerät. Polizeiarbeit sei Ländersache, betonte Schünemann nämlich zu Jahresbeginn. Seine Kritiker werden kontern: eben. FOTO: DAPD